

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

des	Präsidiums
für	den Konvent
Betr.:	Artikel über den Gerichtshof und das Gericht

1. Die Mitglieder des Konvents erhalten anbei die Entwürfe von Artikeln des Teils II zum Gerichtshof zusammen mit Erläuterungen. Der dem Konvent bereits übermittelte Entwurf von Artikel 20, Teil I der Verfassung (Dok. CONV 691/03) ist ebenfalls in diesem Dokument enthalten.
2. Die Ausarbeitung der neuen Artikel erfolgte auf der Grundlage der Beratungen des Arbeitskreises über den Gerichtshof unter Vorsitz von Herrn Vitorino (Änderungen gegenüber den bisher vorliegenden Artikeln sind durch Fettdruck gekennzeichnet).
3. Die Konventsmitglieder werden insbesondere auf die folgenden Änderungsvorschläge des Präsidiums aufmerksam gemacht.
 - ◆ Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit und Gesetzgebungsverfahren bei den Bestimmungen, für die derzeit die einstimmige Beschlussfassung im Rat gilt, nämlich Artikel 225a (Einrichtung von Fachgerichten), Artikel 229a (Einrichtung eines Fachgerichts für Fragen des gewerblichen Rechtsschutzes) und Artikel 245 (Satzung des Gerichtshofs);

- ◆ Änderung der Zulässigkeitskriterien in Bezug auf Klagen natürlicher oder juristischer Personen auf Nichtigerklärung von "Durchführungsrechtsakten" mit allgemeiner Geltung (Artikel 230 Absatz 4);
 - ◆ die Einrichtung eines beratenden Ausschusses, der ein Gutachten über die Eignung der Bewerber für die Ausübung des Amts eines Richters oder Generalanwalts beim Gerichtshof oder beim Hochinstanzlichen Gericht (Artikel 224a) erstellen soll;
 - ◆ die Verbesserung der Sanktionsregelung durch Vereinfachung des Verfahrens, das der Befassung des Gerichtshofs durch die Kommission vorgeschaltet ist (Artikel 228);
 - ◆ die Aufnahme der Möglichkeit, Rechtsakte anzufechten (Artikel 230) oder gegen Unterlassungen (Artikel 232) der "Ämter, Agenturen und Einrichtungen der Union" zu klagen.
-

Tabelle: Die den Gerichtshof und das Hochinstanzliche Gericht betreffenden Artikelentwürfe im Vergleich zu den geltenden Verträgen

	Neue Artikel	Artikel, in die Bestimmungen der geltenden Verträge teilweise oder mit beträchtlichen Änderungen übernommen wurden	Artikel, die leicht abgewandelt oder unverändert aus den geltenden Verträgen übernommen wurden
TEIL I			
<u>Artikel 20</u> : Der Gerichtshof der Europäischen Union	✓		
TEIL II: GERICHTSHOF			
<u>Artikel 221</u> :			✓
<u>Artikel 222</u>		✓	
<u>Artikel 223</u>		✓	
<u>Artikel 224</u> <u>Artikel 224a</u>	✓	✓	
<u>Artikel 225</u> <u>Artikel 225a</u>		✓	✓
<u>Artikel 226</u>			✓
<u>Artikel 227</u>			✓
<u>Artikel 228</u>		✓	
<u>Artikel 229</u> <u>Artikel 229 A</u>		✓	✓
<u>Artikel 230</u> <u>Artikel 230 bis</u>	✓	✓	
<u>Artikel 231</u>			✓
<u>Artikel 232</u>		✓	

<u>Artikel 233</u>		✓	
<u>Artikel 234</u>		✓	
<u>Artikel 235</u>			✓
<u>Artikel 236</u>			✓
<u>Artikel 237</u>			✓
<u>Artikel 238</u>			✓
<u>Artikel 239</u>			✓
<u>Artikel 240</u>	✓		✓
<u>Artikel 240a</u>			
<u>Artikel 240b</u>		✓	
<u>Artikel 240c</u>		✓	
<u>Artikel 241</u>			✓
<u>Artikel 242</u>			✓
<u>Artikel 243</u>			✓
<u>Artikel 244</u>			✓
<u>Artikel 245</u>		✓	

ARTIKEL ZUM GERICHTSHOF UND ZUM HOCHINSTANZLICHEN GERICHT

TEIL I

DER GERICHTSHOF

Artikel 20

Artikel 20: Der Gerichtshof der Europäischen Union

(1) Der Gerichtshof, einschließlich des Hochinstanzlichen Gerichts, sichert die Wahrung der Verfassung und des Rechts der Union.

Die Mitgliedstaaten schaffen die erforderlichen Rechtsbehelfe, damit ein wirksamer Rechtsschutz auf dem Gebiet des Unionsrechts gewährleistet ist.

(2) Der Gerichtshof besteht aus einem Richter je Mitgliedstaat und wird von Generalanwälten unterstützt. Das Hochinstanzliche Gericht besteht aus mindestens einem Richter je Mitgliedstaat; die Zahl der Richter wird in der Satzung des Gerichtshofs festgelegt. Zu Richtern des Gerichtshofs und des Hochinstanzlichen Gerichts sowie Generalanwälten des Gerichtshofs sind Personen auszuwählen, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und die in Artikel [XX] des Teils II verlangten Voraussetzungen erfüllen; sie werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen für eine Amtszeit von sechs Jahren ernannt. Die Wiederernennung ausscheidender Mitglieder ist zulässig.

(3) Der Gerichtshof entscheidet

- über Klagen der Kommission, eines Mitgliedstaats, eines Organs oder juristischer oder natürlicher Personen in den Fällen und nach den Modalitäten, die in den Artikeln [YY] des Teils II vorgesehen sind;
- im Wege der Vorabentscheidung auf Antrag der einzelstaatlichen Gerichte über die Auslegung des Unionsrechts oder über die Gültigkeit der von den Organen erlassenen Rechtsakte;

- über Rechtsmittel gegen die Entscheidungen des Hochinstanzlichen Gerichts oder überprüft in Ausnahmefällen diese Entscheidungen nach Maßgabe der Bedingungen, die in der Satzung des Gerichtshofs vorgesehen sind.

TEIL II

Artikel 221

Der Gerichtshof tagt in Kammern, als Große Kammer oder als Plenum entsprechend den hierfür in der Satzung des Gerichtshofs vorgesehenen Regeln.

Kommentar

Text des Artikels 221 Absätze 2 und 3, die allerdings zu einem einzigen Absatz zusammengefasst wurden.

Absatz 1 ("Der Gerichtshof besteht aus einem Richter je Mitgliedstaat") findet sich in Artikel 20 des Teils I.

Artikel 222

(Derzeitiger Artikel: unverändert)

Der Gerichtshof wird von acht Generalanwälten unterstützt. Auf Antrag des Gerichtshofs kann der Rat einstimmig die Zahl der Generalanwälte erhöhen.

Der Generalanwalt hat öffentlich in völliger Unparteilichkeit und Unabhängigkeit begründete Schlussanträge zu den Rechtssachen zu stellen, in denen nach der Satzung des Gerichtshofs seine Mitwirkung erforderlich ist.

Kommentar

Artikel bleibt unverändert.

Artikel 223

Zu Richtern und Generalanwälten des Gerichtshofs sind Persönlichkeiten auszuwählen, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und in ihrem Staat die für die höchsten richterlichen Ämter erforderlichen Voraussetzungen erfüllen oder Juristen von anerkannt hervorragender Befähigung sind; sie werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen **nach Anhörung des in Artikel 224a vorgesehenen Ausschusses** ernannt.

Alle drei Jahre findet nach Maßgabe der Satzung des Gerichtshofs eine teilweise Neubesetzung der Stellen der Richter und Generalanwälte statt.¹

Die Richter wählen aus ihrer Mitte den Präsidenten des Gerichtshofs für die Dauer von drei Jahren. Wiederwahl ist zulässig.

Der Gerichtshof erlässt seine Verfahrensordnung. Sie bedarf der Genehmigung des Rates, der darüber mit qualifizierter Mehrheit entscheidet.

Kommentar

Dieser Artikel entspricht dem derzeitigen Artikel 223 EGV, mit Ausnahme des Verweises auf die Dauer der Amtszeit, der sich derzeit in Artikel 20 des Teils I findet, und des derzeitigen Absatzes 4 über die Ernennung des Kanzlers, der in die Satzung des Gerichtshofs aufgenommen werden könnte (Artikel 9 der neuen Satzung).

Artikel 224

Die Zahl der Richter des Hochinstanzlichen Gerichts wird in der Satzung des Gerichtshofs festgelegt. In der Satzung kann vorgesehen werden, dass das Gericht von Generalanwälten unterstützt wird.

¹ Diese Bestimmung richtet sich nach der Dauer der Amtszeit; falls sich das Präsidium für eine Amtszeit ohne Möglichkeit der Wiederernennung entscheidet, müsste sie gestrichen werden.

Zu Mitgliedern des Hochinstanzlichen Gerichts sind Personen auszuwählen, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und über die Befähigung zur Ausübung hoher richterlicher Tätigkeiten verfügen. Sie werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen **nach Anhörung des in Artikel 224a vorgesehenen Ausschusses** für sechs Jahre ernannt. Alle drei Jahre wird das Hochinstanzliche Gericht teilweise neu besetzt. Die Wiederernennung ausscheidender Mitglieder ist zulässig.

Die Richter wählen aus ihrer Mitte den Präsidenten des Hochinstanzlichen Gerichts für die Dauer von drei Jahren. Wiederwahl ist zulässig.

Das Hochinstanzliche Gericht nimmt seine Verfahrensordnung im Einvernehmen mit dem Gerichtshof an. Es beschließt darüber nach Zustimmung des Rates, der mit qualifizierter Mehrheit entscheidet.

Soweit die Satzung des Gerichtshofs nichts anderes vorsieht, finden die den Gerichtshof betreffenden Bestimmungen der Verfassung auf das Hochinstanzliche Gericht Anwendung.

Kommentar

Der vorliegende Artikel stützt sich weitgehend auf den derzeitigen Artikel 224, außer dass Satz 1 des derzeitigen Texts - ("Das Gericht erster Instanz besteht aus mindestens einem Richter je Mitgliedstaat") und Satz 2 ("Die Zahl der Richter wird in der Satzung des Gerichtshofs festgelegt") über das Verfahren zur Ernennung der Richter sich in Artikel 20 des Teils I befinden. Bei den übrigen Bestimmungen könnte man demselben Ansatz wie für Artikel 223 über die Ernennung des Kanzlers folgen.

Artikel 224a

Es wird ein Ausschuss eingerichtet, der die Aufgabe hat, vor der Entscheidung der Regierungen der Mitgliedstaaten gemäß den Artikeln 223 und 224 ein Gutachten über die Eignung der Bewerber für die Ausübung des Amts eines Richters oder Generalanwalts beim Gerichtshof oder beim Hochinstanzlichen Gericht zu erstellen.

Der Ausschuss setzt sich aus sieben Persönlichkeiten zusammen, die aus dem Kreis ehemaliger Mitglieder des Gerichtshofs und des Hochinstanzlichen Gerichts, der Mitglieder der höchsten einzelstaatlichen Gerichte und der Juristen von anerkannt hervorragender Befähigung stammen, von denen einer vom Europäischen Parlament vorgeschlagen wird. Die Ernennung der Mitglieder dieses Ausschusses und die Vorschriften für seine Arbeitsweise werden vom Rat auf Vorschlag des Präsidenten des Gerichtshofs mit qualifizierter Mehrheit beschlossen.

Kommentar

Dieser Absatz enthält eine Neuerung gegenüber der bestehenden Situation. So sollte nach Ansicht des Arbeitskreises nämlich "ein 'beratender Ausschuss' eingerichtet werden, der die Aufgabe hätte, für die Mitgliedstaaten eine Begutachtung der Eignung des Profils der Kandidaten für die betreffende Aufgabe anhand objektiver Kriterien für deren berufliche Qualifikation vorzunehmen. Diesem Ausschuss, dessen Beratungen nicht öffentlich wären und der keine Anhörungen durchführen würde, könnten ehemalige Mitglieder des Gerichtshofs und Vertreter der höchsten Gerichte der Mitgliedstaaten angehören; auch das Europäische Parlament könnte einen Rechtsexperten bestellen. Ein Mitglied hat sich jedoch gegen eine Beteiligung des Europäischen Parlaments ausgesprochen, da seines Erachtens somit die Gefahr einer Politisierung des Ernennungsverfahrens bestehen würde. Der Arbeitskreis hat betont, dass die Einsetzung eines solchen beratenden Ausschusses dazu führen könnte, dass die Mitgliedstaaten bei der Auswahl ihrer Kandidaten höhere Anforderungen stellen" (Schlussbericht des Arbeitskreises, Nummer 6).

Ausgehend hiervon sieht der Artikelentwurf die Einsetzung eines solchen beratenden Ausschusses vor. Es wird vorgeschlagen, dass dieser aus sieben Persönlichkeiten bestehen soll. Um die Beschlussfassung zu erleichtern, sollte der Rat sowohl über den Akt zur Einsetzung des Ausschusses als auch über die Ernennung seiner Mitglieder mit qualifizierter Mehrheit entscheiden. Schließlich erscheint es angemessen, dass der Gerichtshof an der Einrichtung dieses Konsultationsmechanismus beteiligt wird: hierzu wird vorgeschlagen, dass der Rat auf Vorschlag des Präsidenten des Gerichtshofs beschließt.

Artikel 225

(Derzeitiger Artikel: unverändert)

(1) Das Hochinstanzliche Gericht ist für Entscheidungen im ersten Rechtszug über die in den [Artikeln 230, 232, 235, 236 und 238] genannten Klagen zuständig, mit Ausnahme derjenigen Klagen, die einem Fachgericht übertragen werden, und der Klagen, die gemäß der Satzung dem Gerichtshof vorbehalten sind. In der Satzung kann vorgesehen werden, dass das Hochinstanzliche Gericht für andere Kategorien von Klagen zuständig ist.

Gegen die Entscheidungen des Hochinstanzlichen Gerichts aufgrund dieses Absatzes kann nach Maßgabe der Bedingungen und innerhalb der Grenzen, die in der Satzung vorgesehen sind, beim Gerichtshof ein auf Rechtsfragen beschränktes Rechtsmittel eingelegt werden.

(2) Das Hochinstanzliche Gericht ist für Entscheidungen über Rechtsmittel gegen die Entscheidungen der nach Artikel 225 a eingerichteten Fachgerichte zuständig.

Die Entscheidungen des Hochinstanzlichen Gerichts aufgrund dieses Absatzes können nach Maßgabe der Bedingungen und innerhalb der Grenzen, die in der Satzung vorgesehen sind, in Ausnahmefällen vom Gerichtshof überprüft werden, wenn die ernste Gefahr besteht, dass die Einheit oder Kohärenz des Unionsrechts berührt wird.

(3) Das Hochinstanzliche Gericht ist in besonderen in der Satzung festgelegten Sachgebieten für Vorabentscheidungen nach Artikel 234 zuständig.

Wenn das Hochinstanzliche Gericht der Auffassung ist, dass eine Rechtssache eine Grundsatzentscheidung erfordert, die die Einheit oder die Kohärenz des Unionsrechts berühren könnte, kann es die Rechtssache zur Entscheidung an den Gerichtshof verweisen.

Die Entscheidungen des Gerichts über Anträge auf Vorabentscheidung können nach Maßgabe der Bedingungen und innerhalb der Grenzen, die in der Satzung vorgesehen sind, in Ausnahmefällen vom Gerichtshof überprüft werden, wenn die ernste Gefahr besteht, dass die Einheit oder die Kohärenz des Unionsrechts berührt wird.

- (1) **Das Europäische Parlament und der Rat können nach dem Gesetzgebungsverfahren europäische Gesetze** zur Einrichtung von dem Hochinstanzlichen Gericht beigeordneten Fachgerichten **annehmen**, die für Entscheidungen im ersten Rechtszug über bestimmte Kategorien von Klagen zuständig sind, die in besonderen Sachgebieten erhoben werden. Sie beschließen entweder auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Gerichtshofs oder auf Antrag des Gerichtshofs und nach Anhörung der Kommission.
- (2) In dem europäischen Gesetz über die Einrichtung eines Fachgerichts werden die Regeln für die Zusammensetzung dieses Gerichts und der ihm übertragene Zuständigkeitsbereich festgelegt.
- (3) Gegen die Entscheidungen der Fachgerichte kann vor dem Hochinstanzlichen Gericht ein auf Rechtsfragen beschränktes Rechtsmittel oder, wenn das europäische Gesetz über die Einrichtung des Fachgerichts dies vorsieht, ein auch Sachfragen betreffendes Rechtsmittel eingelegt werden.
- (4) Zu Mitgliedern der Fachgerichte sind Personen auszuwählen, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und über die Befähigung zur Ausübung richterlicher Tätigkeiten verfügen. Sie werden vom Rat ernannt, der einstimmig beschließt.
- (5) Die Fachgerichte nehmen ihre Verfahrensordnung im Einvernehmen mit dem Gerichtshof an. Sie beschließen darüber nach Zustimmung des Rates, der mit qualifizierter Mehrheit entscheidet.
- (6) Soweit das europäische Gesetz über die Einrichtung des Fachgerichts nichts anderes vorsieht, finden die den Gerichtshof betreffenden Bestimmungen der Verfassung und die Satzung des Gerichtshofs auf die Fachgerichte Anwendung.

Kommentar

Im derzeitigen Artikel 225a ist hinsichtlich des Rechtsakts zur Einrichtung eines Fachgerichts vorgesehen, dass der Rat nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments und der Kommission (wenn der Vorschlag vom Gerichtshof vorgelegt wird) einstimmig beschließt. Der Arbeitskreis hat empfohlen, dass der Rat mit qualifizierter Mehrheit beschließt. Ferner vertrat eine Mehrheit die Auffassung, dass das Gesetzgebungsverfahren gelten sollte. Daher vertrat der Arbeitskreis die Auffassung, dass der Rechtsakt über die Einrichtung einer Kammer und die Festlegung des Zuständigkeitsbereichs dieser Kammer Gesetzgebungscharakter hat. Das Präsidium hat beschlossen, der Empfehlung des Arbeitskreises zu folgen.

Artikel 226

(Derzeitiger Artikel: unverändert)

Hat nach Auffassung der Kommission ein Mitgliedstaat gegen eine Verpflichtung aus der Verfassung verstoßen, so gibt sie eine mit Gründen versehene Stellungnahme hierzu ab; sie hat dem Staat zuvor Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Kommt der Staat dieser Stellungnahme innerhalb der von der Kommission gesetzten Frist nicht nach, so kann die Kommission den Gerichtshof anrufen.

Kommentar

Wiedergabe des Artikels 226 in der bestehenden Fassung. Ein Mitglied im Arbeitskreis über den Gerichtshof schlug vor, diese Bestimmung durch eine andere zu ersetzen, die Artikel 88 des EGKS-Vertrags aufgreift. In einer solchen Bestimmung würde der Kommission die Möglichkeit eingeräumt, die Feststellung zu treffen, dass ein Staat einer ihm nach der Verfassung obliegenden Verpflichtung nicht nachgekommen ist. Die Mitglieder des Arbeitskreises sprachen sich allerdings mit großer Mehrheit für die Beibehaltung der bestehenden Bestimmung aus.

Artikel 227

(Derzeitiger Artikel: unverändert)

Jeder Mitgliedstaat kann den Gerichtshof anrufen, wenn er der Auffassung ist, dass ein anderer Mitgliedstaat gegen eine Verpflichtung aus der Verfassung verstoßen hat.

Bevor ein Mitgliedstaat wegen einer angeblichen Verletzung der Verpflichtungen aus der Verfassung gegen einen anderen Staat Klage erhebt, muss er die Kommission damit befassen.

Die Kommission erlässt eine mit Gründen versehene Stellungnahme; sie gibt den beteiligten Staaten zuvor Gelegenheit zu schriftlicher und mündlicher Äußerung in einem kontradiktorischen Verfahren.

Gibt die Kommission binnen drei Monaten nach dem Zeitpunkt, in dem ein entsprechender Antrag gestellt wurde, keine Stellungnahme ab, so kann ungeachtet des Fehlens der Stellungnahme vor dem Gerichtshof geklagt werden.

Artikel 228

(1) Stellt der Gerichtshof fest, dass ein Mitgliedstaat gegen eine Verpflichtung aus der Verfassung verstoßen hat, so hat dieser Staat die Maßnahmen zu ergreifen, die sich aus dem Urteil des Gerichtshofes ergeben.

(2) **Hat nach Auffassung der Kommission der betreffende Mitgliedstaat die Maßnahmen, die sich aus dem Urteil des Gerichtshofs ergeben, nicht getroffen, so kann die Kommission den Gerichtshof anrufen, nachdem sie diesem Staat zuvor Gelegenheit zur Äußerung gegeben hat.** Hierbei benennt sie die Höhe des von dem betreffenden Mitgliedstaat zu zahlenden Pauschalbetrags oder Zwangsgelds, die sie den Umständen nach für angemessen hält.

Stellt der Gerichtshof fest, dass der betreffende Mitgliedstaat seinem Urteil nicht nachgekommen ist, so kann er die Zahlung eines Pauschalbetrags oder Zwangsgelds verhängen.

Dieses Verfahren lässt den Artikel 227 unberührt.

(3) Erhebt die Kommission beim Gerichtshof Klage gemäß Artikel 226, da sie der Auffassung ist, dass der betreffende Staat gegen seine Verpflichtung verstoßen hat, Maßnahmen zur Umsetzung eines Rahmengesetzes mitzuteilen, so kann sie, wenn sie dies für angemessen hält, den Gerichtshof in demselben Verfahren ersuchen, gegen den betreffenden Mitgliedstaat die Zahlung eines Pauschalbetrags oder Zwangsgelds zu verhängen, wenn der Gerichtshof einen Verstoß feststellen sollte. Gibt der Gerichtshof dem Antrag der Kommission statt, so wird die fragliche Zahlung innerhalb der vom Gerichtshof in seinem Urteil festgelegten Frist rechtswirksam.

Kommentar

Was die Regelung in Bezug auf Sanktionen im Falle der Nichtbefolgung eines Urteils des Gerichtshofs anbelangt, so wurde im Schlussbericht des Arbeitskreises festgestellt, dass die derzeitige Regelung nicht wirksam genug ist, da die vom Gerichtshof verurteilten Mitgliedstaaten Jahre warten können, bevor ihnen eine Geldbuße auferlegt wird. Der Arbeitskreis ist daher der Auffassung, dass Mittel und Wege gefunden werden müssen, um die Regelung in Bezug auf Sanktionen im Falle der Nichtbefolgung von Urteilen des Gerichtshofs effizienter zu gestalten und zu vereinfachen. Zu diesem Zweck wurde vorgeschlagen, die Sanktionsregelung in Artikel 228 EGV durch Abschaffung der beiden Phasen zu straffen, die der Befassung des Gerichtshofs bezüglich der Verhängung von Sanktionen vorgeschaltet sind und in denen dem betreffenden Mitgliedstaat "Gelegenheit zur Äußerung" gegeben wird und die Kommission dann eine "mit Gründen versehene Stellungnahme" abgibt, oder durch Abschaffung mindestens einer dieser beiden Phasen¹; eine breite Mehrheit befürwortete diesen Vorschlag.

Es wird mit dem Text des Artikels vorgeschlagen, das vorgeschaltete Verfahren durch Abschaffung der Abgabe einer mit Gründen zu versehenen Stellungnahme zu vereinfachen.

¹ Eine solche direkte Befassung des Gerichtshofs durch die Kommission oder durch einen Mitgliedstaat stellt keine Neuerung dar: Sie ist im Vertrag bereits für bestimmte Fälle vorgesehen, wenn beispielsweise ein Mitgliedstaat die aus Verteidigungsgründen oder für Krisenfälle vorgesehenen Ausnahmen missbraucht (Artikel 298).

Im Übrigen wurde im Arbeitskreis angeregt, dass die Sanktionen nach Artikel 228 rückwirkende Geltung erhalten könnten (ab Beginn des Verstoßes). Eine diesbezügliche Bestimmung erscheint aber nicht erforderlich, da im gegenwärtigen Text bereits die Möglichkeit vorgesehen ist, nicht nur ein Zwangsgeld (pro Tag des Verstoßes ab dem Datum der Urteilsverkündung), sondern auch einen Pauschalbetrag (der je nach Schwere des Verstoßes vor dem Datum der Urteilsverkündung festgesetzt wird) zu verhängen.

Der (neue) Absatz 3 geht auf einen dem Arbeitskreis von der Kommission vorgelegten Vorschlag zurück. Dieser Vorschlag zielt darauf ab, der Kommission die Möglichkeit zu geben, den Gerichtshof gleichzeitig (in ein und demselben Verfahren) mit einer Klage wegen Vertragsverletzung nach Artikel 226 EGV und einem Antrag auf Verhängung einer Sanktion zu befassen. Verhängt der Gerichtshof auf Antrag der Kommission im Urteil auch eine Sanktion, so würde diese nach einer gewissen Frist ab Verkündung des Urteils gültig, falls der beklagte Staat dem Urteil nicht nachgekommen ist. Eine Mehrheit der Mitglieder des Arbeitskreises hat diesen Vorschlag befürwortet. Eine solche Bestimmung würde das Verfahren für Sanktionen bei Nichtmitteilung von einzelstaatlichen Umsetzungsmaßnahmen erheblich erleichtern und beschleunigen¹. Das Präsidium hat beschlossen, dieser Empfehlung des Arbeitskreises zu folgen.

Artikel 229

In den europäischen Gesetzen und Rahmengesetzen und den Gesetzen und Verordnungen des Rates, die gemäß der Verfassung angenommen worden sind, kann dem Gerichtshof eine Zuständigkeit übertragen werden, die die Befugnis zu uneingeschränkter Ermessensnachprüfung und zur Änderung oder Verhängung der in ihnen vorgesehenen Sanktionen umfasst.

Kommentar

Dieser Artikel wurde nur so geändert, dass den neuen Rechtsformen in Teil I Rechnung getragen wird.

¹ In der Praxis unterscheidet man diese Fälle der Nichtmitteilung (in denen der betreffende Mitgliedstaat keine Umsetzungsmaßnahme getroffen hat) von den Fällen der nicht ordnungsgemäßen Umsetzung (in denen die von dem betreffenden Mitgliedstaat getroffenen Maßnahmen nach Auffassung der Kommission der Richtlinie (oder dem Rahmengesetz) nicht entsprechen). Die vorgeschlagene Bestimmung würde nicht für den zweiten Fall gelten.

Artikel 229a

Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen der Verfassung wird dem Gerichtshof in einem europäischen Gesetz in dem darin festgelegten Umfang die Zuständigkeit übertragen, über Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der Anwendung von aufgrund der Verfassung angenommenen Rechtsakten, mit denen Titel für den gewerblichen Rechtsschutz geschaffen werden, zu entscheiden.

Kommentar

Die Beratungen im Arbeitskreis haben gezeigt, dass die eindeutige Bereitschaft besteht, die Anwendung dieser Rechtsgrundlage zu erleichtern. Hierzu hat der Arbeitskreis angeregt, das derzeitige Verfahren (einstimmiger Beschluss des Rates + Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten) wie folgt zu ersetzen: Wegfall des Erfordernisses einer nach Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten, Einführung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat und - nach Auffassung einer Mehrheit des Arbeitskreises - Anwendung des Gesetzgebungsverfahrens. Das Präsidium hat beschlossen, der Empfehlung des Arbeitskreises zu folgen.

Artikel 230

(1) Der Gerichtshof überwacht die Rechtmäßigkeit der **europäischen Gesetze und Rahmengesetze** sowie der Rechtsakte des Rates, der Kommission und der EZB, soweit es sich nicht um Empfehlungen oder Stellungnahmen handelt, und der Rechtsakte des Europäischen Parlaments mit Rechtswirkung gegenüber Dritten. **Er überwacht ebenfalls die Rechtmäßigkeit der Rechtsakte der Ämter, Agenturen und Einrichtungen der Union, die Rechtswirkung gegenüber Dritten haben.**

(2) Zu diesem Zweck ist der Gerichtshof für Klagen zuständig, die ein Mitgliedstaat, das Europäische Parlament, der Rat oder die Kommission wegen Unzuständigkeit, Verletzung wesentlicher Formvorschriften, Verletzung der Verfassung oder einer bei seiner Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm oder wegen Ermessensmissbrauchs erhebt.

(3) Der Gerichtshof ist unter den gleichen Voraussetzungen zuständig für Klagen des Rechnungshofs, der Europäischen Zentralbank **und des Ausschusses der Regionen**, die auf die Wahrung ihrer Rechte abzielen.

(4) Jede natürliche oder juristische Person kann unter den gleichen Voraussetzungen gegen **die an sie ergangenen oder sie unmittelbar und individuell betreffenden Rechtsakte sowie gegen Durchführungsrechtsakte, die sie unmittelbar betreffen, ohne Durchführungsmaßnahmen zu umfassen, Klage erheben.**

(5) **In den Rechtsakten zur Gründung von Einrichtungen, Ämtern und Agenturen der Union können besondere Bedingungen und Modalitäten für die Klageerhebung von natürlichen oder juristischen Personen gegen die mit einer Rechtswirkung verbundenen Rechtsakte dieser Einrichtungen, Ämter und Agenturen vorgesehen werden.**

(6) Die in diesem Artikel vorgesehenen Klagen sind binnen zwei Monaten zu erheben; diese Frist läuft je nach Lage des Falles von der Bekanntgabe des betreffenden Rechtsakts, seiner Mitteilung an den Kläger oder in Ermangelung dessen von dem Zeitpunkt an, zu dem der Kläger von diesem Rechtsakt Kenntnis erlangt hat.

Kommentar

Absatz 1

Diese Bestimmung wurde im Arbeitskreis am ausführlichsten diskutiert. Der erste Absatz weist eine wichtige Änderung auf, denn er enthält nun die Rechtsakte der Ämter, Agenturen und Einrichtungen der Union. Der Arbeitskreis hat im Anschluss an eine detaillierte Prüfung der gegenwärtigen Situation der Einrichtungen, Ämter und Agenturen hinsichtlich der Überwachung der Rechtmäßigkeit ihrer Rechtsakte festgestellt, dass die Rechtsakte zur Errichtung von Ämtern oder Agenturen in der Regel Bestimmungen enthalten, nach denen gegen die von diesen Ämtern oder Agenturen erlassenen Rechtsakte beim Gerichtshof geklagt werden kann¹.

¹ Siehe hierzu das Arbeitsdokument des Sekretariats zum Recht auf Klage gegen Rechtsakte der Ämter und Agenturen der Union (WD 9).

Die Mitglieder des Arbeitskreises waren der Meinung, dass für alle Rechtsakte mit Rechtswirkung gegenüber Dritten eine Überwachung der Rechtmäßigkeit gegeben sein sollte, und die Mehrheit der Mitglieder empfiehlt daher, Artikel 230 EGV dahin gehend zu ändern, dass außer den von den Organen angenommenen Rechtsakten auch die der Einrichtungen, Ämter und Agenturen der Union einbezogen werden. Es wurde betont, dass in dem Rechtsakt zur Errichtung eines Amtes oder einer Agentur im Übrigen spezielle Einzelheiten für die Durchführung der Überwachung der Rechtmäßigkeit von Rechtsakten des betreffenden Amtes, der betreffenden Agentur oder der betreffenden Einrichtung festgelegt werden könnten (siehe neuen Absatz 5). Nur ein Mitglied des Arbeitskreises hat erklärt, dass es sich nicht der allgemeinen Empfehlung des Arbeitskreises zu dieser Frage anschließen könne.

Es wurde darauf hingewiesen, dass diese Ausrichtung des Arbeitskreises nur die unter den EG-Vertrag fallenden Einrichtungen, Ämter und Agenturen betrifft, während die im Rahmen der GASP oder der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen tätigen Einrichtungen, Ämter und Agenturen im Lichte der Bestimmungen für diese Politikbereiche geprüft werden müssen, da diese möglicherweise bestimmte Besonderheiten aufweisen, die in den Rechtsakten zur Errichtung dieser Einrichtungen, Ämter oder Agenturen geregelt werden könnten. (Sollte in der Verfassung die Zuständigkeit des Gerichtshofs für den GASP-Bereich ausgeschlossen werden, so würde dieser Artikel in keinem Falle für die im Rahmen der GASP tätigen Einrichtungen gelten.)¹

Absatz 2

Keine Änderungen.

Absatz 3

Das Präsidium empfiehlt - wie von mehreren Konventsmitgliedern gefordert -, den Ausschuss der Regionen aufzunehmen, der einen legitimen Anspruch auf Wahrung seiner Rechte haben könnte.

¹ Was die europäische Agentur für Rüstung und strategische Forschung gemäß Artikel 30 Absatz 3 des Teils I betrifft, so sollte in dem Beschluss des Rates über die Arbeitsweise der Agentur allerdings dem Gerichtshof die Zuständigkeit für diejenigen Rechtsakte erteilt werden, die Rechtswirkung gegenüber natürlichen oder juristischen Personen haben.

Absatz 4

Der Arbeitskreis hat die Frage des Zugangs natürlicher oder juristischer Personen zum Gerichtshof in Bezug auf Rechtsakte mit allgemeiner Geltung ausführlich erörtert. Die diesbezüglichen Meinungen im Arbeitskreis waren zweigeteilt: Die einen waren der Ansicht, Artikel 230 Absatz 4 bedürfe keiner inhaltlichen Änderung, da er den wesentlichen Anforderungen an einen wirksamen Rechtsschutz genüge, insbesondere aufgrund des Vorgehens der einzelstaatlichen Gerichte, die den Gerichtshof mit einer die Auslegung oder die Bewertung der Gültigkeit des Unionsrechts betreffenden Vorlagefrage befassen können (oder müssen); andere Mitglieder vertraten die Auffassung, die in dieser Bestimmung enthaltenen Kriterien für die Zulässigkeit einer Klage seien zu restriktiv für Klagen von Einzelpersonen gegen Rechtsakte mit allgemeiner Geltung.

Die Mitglieder des Arbeitskreises, die sich für eine Änderung von Artikel 230 Absatz 4 ausgesprochen haben, führten vor allem an, dass eine Einzelperson in bestimmten Ausnahmefällen unmittelbar von einem Rechtsakt mit allgemeiner Geltung betroffen sein könnte, der keine interne Durchführungsmaßnahme enthält. In diesem Fall sei die Person derzeit gezwungen, diese Norm nicht zu befolgen, um Zugang zum Gericht zu erhalten. Sie waren der Auffassung, dass die gegenwärtigen Kriterien für die Zulässigkeit einer Klage, die vorsehen, dass eine Person "unmittelbar und individuell" betroffen sein muss, die Überwachung durch den Gerichtshof in diesem speziellen Fall nicht ermöglichen. In diesem Sinne empfiehlt das Präsidium eine Lockerung der Bedingungen für die Erhebung einer Direktklage.

Die Mitglieder des Arbeitskreises, die für eine Änderung von Artikel 230 Absatz 4 sind, haben sich vorzugsweise für die Option ausgesprochen, in der die "Rechtsakte mit allgemeiner Geltung" erwähnt werden. Einige Mitglieder halten es allerdings für besser, den Begriff "Durchführungsrechtsakt" zu wählen, was eine Unterscheidung zwischen Gesetzgebungsakten und Durchführungsrechtsakten ermöglicht, unter Beibehaltung des restriktiven Ansatzes in Bezug auf die Klagebefugnis von Einzelpersonen gegen Gesetzgebungsakte (für die das Kriterium "unmittelbar und individuell betroffen" weiterhin gilt) und unter Einführung eines offeneren Ansatzes hinsichtlich der Klagen gegen Durchführungsrechtsakte. Das Präsidium hat sich für die letztgenannte Option entschieden und empfiehlt, Klagen natürlicher oder juristischer Personen gegen Durchführungsrechtsakte, die sie unmittelbar betreffen, ohne Durchführungsmaßnahmen zu enthalten, zuzulassen.

Ferner wird vorgeschlagen, die Formulierung von Artikel 230 Absatz 4 zu vereinfachen, indem der Passus "gegen diejenigen Beschlüsse Klage erheben, die, obwohl sie als ... ergangen sind, ..." gestrichen und durch "gegen die an sie ergangenen oder sie unmittelbar und individuell betreffenden Rechtsakte Klage erheben" ersetzt wird.

Während seiner Beratungen hat das Präsidium zudem den Vorschlag mehrerer Konventsmitglieder zur Kenntnis genommen, mit diesem Artikel eine spezielle Klage zur Verteidigung der Grundrechte einzuführen, doch hat es beschlossen, dem Beispiel des Arbeitskreises zu folgen und diesen Vorschlag nicht aufzugreifen.

Absatz 5

Vgl. Kommentar zu Absatz 1.

Absatz 6

Dieser Absatz enthält die für die Erhebung von Nichtigkeitsklagen erforderliche Frist. Diese Bestimmung könnte eventuell in die Satzung des Gerichtshofs aufgenommen werden.

Artikel 230a

Der von einer Feststellung des Europäischen Rates oder des Rates gemäß Artikel 45 betroffene Mitgliedstaat kann binnen eines Monats nach der fraglichen Feststellung den Gerichtshof wegen Verstoßes gegen die in dieser Bestimmung vorgesehenen reinen Verfahrensvorschriften anrufen.

Kommentar

In diesem Artikel wird der Inhalt von Artikel 46 Buchstabe e EUV hinsichtlich des Verfahrens gemäß Artikel 7 EUV und Artikel 45, Teil I, des Verfassungsentwurfs in veränderter Fassung aufgegriffen. Es erscheint angezeigt, diese Bestimmung in Teil II aufzunehmen.

Artikel 231

(Derzeitiger Artikel: unverändert)

Ist die Klage begründet, so erklärt der Gerichtshof den angefochtenen Rechtsakt für nichtig.

Erklärt er einen **Rechtsakt**¹ für nichtig, so bezeichnet er, falls er dies für notwendig hält, diejenigen seiner Wirkungen, die als fortgeltend zu betrachten sind.

Artikel 232

Unterlässt es das Europäische Parlament, der Rat oder die Kommission unter Verletzung dieser Verfassung, einen Beschluss zu fassen, so können die Mitgliedstaaten und die anderen Organe der Union beim Gerichtshof Klage auf Feststellung dieser Verfassungsverletzung erheben. **Diese Bestimmung gilt entsprechend für die Ämter, Agenturen und Einrichtungen der Union, die es unterlassen, einen Beschluss zu fassen.**

Diese Klage ist nur zulässig, wenn **die in Frage stehenden Organe, Ämter, Agenturen oder Einrichtungen** zuvor aufgefordert worden sind, tätig zu werden. Haben sie binnen zwei Monaten nach dieser Aufforderung nicht Stellung genommen, so kann die Klage innerhalb einer weiteren Frist von zwei Monaten erhoben werden.

Jede natürliche oder juristische Person kann nach Maßgabe der Absätze 1 und 2 vor dem Gerichtshof Beschwerde darüber führen, dass ein Organ, **ein Amt, eine Agentur oder eine Einrichtung** es unterlassen hat, einen anderen Akt als eine Empfehlung oder eine Stellungnahme an sie zu richten.

¹ Die Ersetzung des Ausdrucks "Verordnung" durch "Rechtsakt" ist eine notwendige Anpassung, um diesen Absatz in Einklang mit der Rechtsprechung zu bringen, durch die der Gerichtshof die Gültigkeit der Wirkungen von Rechtsakten, bei denen es sich nicht um Verordnungen handelt, aufrecht erhalten hat.

Kommentar

Diese Bestimmung wurde abgeändert und es wurden die Einrichtungen, Ämter und Agenturen der Union hinzugefügt. Zwar wurde diese Frage nicht im Arbeitskreis diskutiert, doch scheint es sich in der Tat so zu verhalten, dass, wenn gegen die Einrichtungen, Ämter und Agenturen eine Nichtigkeitsklage erhoben werden kann, auch die Möglichkeit bestehen muss, gegen sie eine Klage wegen Untätigkeit zu erheben, die auf eine Sanktionierung von Unterlassungen abzielt, die gegen die Verfassung verstoßen. Der Verweis auf die EZB im derzeitigen Vertrag kann entfallen, da vorgesehen ist, dass die EZB die Rechtsstellung eines Organs erhält.

Artikel 233

Das oder die Organe, **das Amt, die Agentur oder die Einrichtung**, denen das für nichtig erklärte Handeln zur Last fällt oder deren Untätigkeit als verfassungswidrig erklärt worden ist, haben die sich aus dem Urteil des Gerichtshofs ergebenden Maßnahmen zu ergreifen.

Diese Verpflichtung besteht unbeschadet der Verpflichtungen, die sich aus der Anwendung des Artikels 288 Absatz 2 ergeben.

Kommentar

Dieser Artikel wurde geändert und berücksichtigt nun auch die Einrichtungen, Ämter und Agenturen der Union. Der letzte Absatz der alten Bestimmung lautete wie folgt: "Dieser Artikel gilt auch für die EZB". Dieser Absatz kann entfallen, da die EZB ein Organ wird.

Artikel 234

Der Gerichtshof entscheidet im Wege der Vorabentscheidung

- a) über die Auslegung der Verfassung,

- b) über die Gültigkeit und die Auslegung der Handlungen der Organe der Union,
- c) über die Auslegung der Satzungen der durch die Union geschaffenen Einrichtungen, **Ämter und Agenturen**, soweit diese Satzungen dies vorsehen.

Wird eine derartige Frage einem Gericht eines Mitgliedstaats gestellt und hält dieses Gericht eine Entscheidung darüber zum Erlass seines Urteils für erforderlich, so kann es diese Frage dem Gerichtshof zur Entscheidung vorlegen.

Wird eine derartige Frage in einem schwebenden Verfahren bei einem einzelstaatlichen Gericht gestellt, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, so ist dieses Gericht zur Anrufung des Gerichtshofes verpflichtet.

Wird eine derartige Frage in einem schwebenden Verfahren, das eine inhaftierte Person betrifft, bei einem einzelstaatlichen Gericht gestellt, so entscheidet der Gerichtshof innerhalb kürzester Zeit.

Kommentar

Es wird vorgeschlagen, diese Bestimmung - der grundlegende Bedeutung zukommt, da damit eine dezentralisierte Kontrolle des Unionsrechts und eine Zusammenarbeit zwischen den einzelstaatlichen Gerichten und dem Gerichtshof eingeführt wird - nahezu unverändert beizubehalten. Allerdings kann der spezielle Verweis auf die EZB entfallen.

Bei der Prüfung der Entwürfe von Artikeln, die den JI-Bereich betreffen, wurde zudem von einem Konventsmitglied eine Abänderung eingereicht, in der vorgesehen ist, dass der Gerichtshof in einer Frist von höchstens drei Monaten entscheidet, wenn das Verfahren bei einem einzelstaatlichen Gericht eine inhaftierte Person betrifft. Natürlich wirkt sich das Vorabentscheidungsverfahren aufschiebend auf das Verfahren bei einem einzelstaatlichen Gericht aus, was besonders wichtig ist, wenn das Verfahren bei einem einzelstaatlichen Gericht eine inhaftierte Person betrifft. Das

Präsidium hielt es für angebracht, diesen Gedanken im letzten Absatz aufzugreifen und die Drei-monatsfrist durch die Formulierung "innerhalb kürzester Zeit" zu ersetzen. Der Gerichtshof kann ja in bestimmten Fällen bereits "beschleunigte Verfahren" anwenden, "wenn die besondere Dringlichkeit der Rechtssache es erforderlich macht, dass der Gerichtshof innerhalb kürzester Zeit entscheidet" (vgl. Artikel 62a der Verfahrensordnung des Gerichtshofs). Ferner wäre es möglich, eine Frist für diese Art von Vorabentscheidungsverfahren festzulegen, doch sollte dies aus Sicht des Präsidiums gegebenenfalls in der Satzung des Gerichtshofs geschehen.

Artikel 235

(Derzeitiger Artikel: unverändert)

Der Gerichtshof ist für Streitsachen über den in Artikel 288 Absatz 2 vorgesehenen Schadensersatz zuständig.

Artikel 236

(Derzeitiger Artikel: unverändert)

Der Gerichtshof ist für alle Streitsachen zwischen der Union und deren Bediensteten innerhalb der Grenzen und nach Maßgabe der Bedingungen zuständig, die im Statut der Beamten festgelegt sind oder sich aus den Beschäftigungsbedingungen für die Bediensteten ergeben.

Artikel 237

(Derzeitiger Artikel: unverändert)

Der Gerichtshof ist nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zuständig in Streitsachen über

- a) die Erfüllung der Verpflichtungen der Mitgliedstaaten aus der Satzung der Europäischen Investitionsbank. Der Verwaltungsrat der Bank besitzt hierbei die der Kommission in [Artikel 226] übertragenen Befugnisse;

- b) die Beschlüsse des Rates der Gouverneure der Europäischen Investitionsbank. Jeder Mitgliedstaat, die Kommission und der Verwaltungsrat der Bank können hierzu nach Maßgabe des [Artikels 230] Klage erheben;
- c) die Beschlüsse des Verwaltungsrats der Europäischen Investitionsbank. Diese können nach Maßgabe des [Artikels 230] nur von Mitgliedstaaten oder der Kommission und lediglich wegen Verletzung der Formvorschriften des Artikels 21 Absätze 2 und 5 bis 7 der Satzung der Investitionsbank angefochten werden;
- d) die Erfüllung der sich aus der Verfassung und der Satzung des ESZB ergebenden Verpflichtungen durch die nationalen Zentralbanken. Der Rat der EZB besitzt hierbei gegenüber den nationalen Zentralbanken die Befugnisse, die der Kommission in [Artikel 226] gegenüber den Mitgliedstaaten eingeräumt werden. Stellt der Gerichtshof fest, dass eine nationale Zentralbank gegen eine Verpflichtung aus der Verfassung verstoßen hat, so hat diese Bank die Maßnahmen zu ergreifen, die sich aus dem Urteil des Gerichtshofes ergeben.

Artikel 238

(Derzeitiger Artikel: unverändert)

Der Gerichtshof ist für Entscheidungen aufgrund einer Schiedsklausel zuständig, die in einem von der Union oder für ihre Rechnung abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Vertrag enthalten ist.

Artikel 239

(Derzeitiger Artikel: unverändert)

Der Gerichtshof ist für jede mit dem Gegenstand der Verfassung in Zusammenhang stehende Streitigkeit zwischen Mitgliedstaaten zuständig, wenn diese bei ihm aufgrund eines Schiedsvertrags anhängig gemacht wird.

Artikel 240

(Derzeitiger Artikel: unverändert)

Soweit keine Zuständigkeit des Gerichtshofs aufgrund der Verfassung besteht, sind Streitsachen, bei denen die Union Partei ist, der Zuständigkeit der einzelstaatlichen Gerichte nicht entzogen.

Artikel 240a

Der Gerichtshof ist nicht zuständig in Bezug auf die Artikel 29 und 30 des Teils I und in Bezug auf die Bestimmungen von Kapitel I des Teils II betreffend die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Kommentar

Der Arbeitskreis über den Gerichtshof war geteilter Meinung, was die Zuständigkeit des Gerichtshofs im GASP-Bereich betrifft. Es ist daher schwierig, einen konsensfähigen Vorschlag zu unterbreiten. Der vorliegende Artikelentwurf, der den Status quo wieder gibt, wurde in Erwägung der folgenden Umstände verfasst:

Wenn derzeit eine Handlung im Bereich der GASP wirtschaftliche Sanktionen gegen ein Drittland vorsieht, so sind Durchführungsmaßnahmen auf Gemeinschaftsebene erforderlich; sie werden auf der Grundlage der Artikel 60 und 301 EGV getroffen. Handelt es sich um wirtschaftliche Sanktionen gegen Einzelpersonen, so wird Artikel 308 EGV herangezogen.¹ Gemäß EG-Vertrag übt der Gerichtshof bereits die gerichtliche Kontrolle über alle Durchführungsmaßnahmen dieser Art aus. Das Präsidium hat den Status quo beibehalten, es aber für notwendig erachtet, in Artikel 31 von Kapitel 4 des Titels B (Außenpolitisches Handeln) ausdrücklich die Möglichkeit des Erlasses von wirtschaftlichen Sanktionen gegen Einzelpersonen vorzusehen. In den von dieser Bestimmung betroffenen Fällen übt der Gerichtshof die gerichtliche Kontrolle aus. Im Hinblick auf Sanktionen (restriktive Maßnahmen) könnte sich die Frage stellen, ob der Konvent es für angebracht

¹ Der Rat hat die Artikel 60 und 301 jedoch weit ausgelegt und sie als Rechtsgrundlage dafür herangezogen, Sanktionen gegen Einzelpersonen oder Vereinigungen zu verhängen, die tatsächlich die Kontrolle über ein Land oder Teile davon ausübten.

hält, bei Einzelpersonen die Möglichkeit der Klageerhebung auf Rechtsakte auszudehnen, die auf der Grundlage von GASP-Beschlüssen angenommen wurden, welche Einzelpersonen unter anderen als wirtschaftlichen Gesichtspunkten betreffen (z. B. können restriktive Maßnahmen zur Durchführung von GASP-Beschlüssen das Verbot der Einreise oder die Aufhebung der Freizügigkeit von Personen, wie etwa die Visumverweigerung, zum Gegenstand haben). Die Frage, ob eine besondere Rechtsgrundlage für gegen Einzelpersonen gerichtete Sanktionen, die keine Wirtschaftssanktionen sind, eingeführt werden sollte, ist bei den Beratungen des Konvents über Artikel 31 des Teils II betreffend das außenpolitische Handeln zu prüfen und nicht im Zusammenhang mit den Bestimmungen über den Gerichtshof.

Es wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht auf Grundlage von Artikel 230 EGV die Möglichkeit eröffnet werden sollte, dass Staaten oder Organe Klagen auf Nichtigkeitserklärung von GASP-Rechtsakten erheben, die unter Verletzung von in der Verfassung vorgesehenen wesentlichen Formvorschriften zustande gekommen sind. Das Präsidium ist diesem Vorschlag nicht gefolgt. Aus seiner Sicht sollte jedoch anerkannt werden, dass der Gerichtshof befugt ist, die Vereinbarkeit von geplanten internationalen Abkommen, die in den Bereich der GASP fallen, mit den Bestimmungen der Verfassung zu überprüfen (derzeitiger Artikel 300 Absatz 6).

Das Präsidium hat überdies die Empfehlung des Arbeitskreises geprüft, dass "als Folge der Abschaffung der Säulen in der Verfassung an dem in Artikel 47 EUV verankerten Grundsatz festgehalten werden müsste; danach ist der Gerichtshof dafür zuständig zu kontrollieren, dass die GASP-Maßnahmen und -Verfahren nicht in die Verfahren eingreifen, die für andere (in den Bereich der früheren ersten Säule fallenden) Politiken der Verfassung gelten, damit letztere gewahrt werden können ¹". Das Präsidium stellt fest, dass die Säulen abgeschafft wurden, aber in Teil III der Verfassung für jeden Bereich die anzuwendenden Verfahren festgelegt sind, und ist daher der Auffassung, dass der Gerichtshof aufgrund von Artikel 230 befugt ist, die Rechtmäßigkeit zu überprüfen. Ein Organ, das sich zu Unrecht auf eine im GASP-Kapitel enthaltene Rechtsgrundlage stützt, um einen Rechtsakt zu erlassen, den es auf eine in einer anderen Verfassungsbestimmung (außerhalb des GASP-Kapitels) aufgeführten Rechtsgrundlage hätte stützen müssen, würde nämlich insofern einen Verstoß gegen die Verfassung begehen, als der fragliche Rechtsakt auf einer falschen Rechtsgrundlage beruht.

¹ Arbeitskreis "Gerichtshof" - Ergänzender Bericht vom 16. April 2003 zur Frage der gerichtlichen Kontrolle über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (CONV 689/03 REV 1, Nummer 7 Buchstabe b).

Artikel 240b

Bei der Ausübung seiner Zuständigkeiten im Rahmen der Kapitel 3 und 4 des Titels [...] betreffend den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ist der Gerichtshof nicht zuständig für die Überprüfung der Gültigkeit oder Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen der Polizei oder anderer Strafverfolgungsbehörden eines Mitgliedstaats oder der Wahrnehmung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit, **wenn die entsprechenden Handlungen unter das innerstaatliche Recht fallen.**

Kommentar

Dieser Artikel entspricht bis auf die letzten neun Worte dem derzeitigen Artikel 35 Absatz 5 EUV. Er deckt sich mit Artikel 9 des vom Präsidium im JI-Bereich angenommenen Artikelpaketes. Zu ihm wurden zahlreiche Abänderungen eingereicht, in denen sein Wegfall gefordert wurde; andere Mitglieder wiederum wollten die schlichte Übernahme von Artikel 35 Absatz 5 EUV. Man könnte daher davon ausgehen, dass dieser Artikel in seiner vorliegenden Fassung einen annehmbaren Kompromiss darstellt. Es scheint allerdings sinnvoller, diese Bestimmung nicht im Kapitel betreffend den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, sondern in den Artikeln über den Gerichtshof unterzubringen.

Artikel 240c

Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung der Verfassung nicht anders als hierin vorgesehen zu regeln.

Kommentar

Der vorliegende Artikel entspricht Artikel 292 EGV; es erscheint jedoch besser, ihn in die Bestimmungen des Teils II zum Gerichtshof aufzunehmen.

Artikel 241

Ungeachtet des Ablaufs der in Artikel 230 Absatz 5 genannten Frist kann jede Partei in einem Rechtsstreit, bei dem es auf die Geltung **eines europäischen Gesetzes, eines Gesetzes** oder einer Verordnung des Rates, der Kommission oder der EZB ankommt, vor dem Gerichtshof die Unanwendbarkeit dieses Rechtsakts aus den in Artikel 230 Absatz 2 genannten Gründen geltend machen.

Kommentar

Dieser Artikel wurde nur so geändert, dass die neue Bezeichnung der Rechtsinstrumente berücksichtigt wird.

Artikel 242

(Derzeitiger Artikel: unverändert)

Klagen bei dem Gerichtshof haben keine aufschiebende Wirkung. Der Gerichtshof kann jedoch, wenn er dies den Umständen nach für nötig hält, die Durchführung der angefochtenen Handlung aussetzen.

Artikel 243

(Derzeitiger Artikel: unverändert)

Der Gerichtshof kann in den bei ihm anhängigen Sachen die erforderlichen einstweiligen Anordnungen treffen.

Artikel 244

(Derzeitiger Artikel: unverändert)

Die Urteile des Gerichtshofes sind gemäß [Artikel 256] vollstreckbar.

Die Satzung des Gerichtshofs wird in einem Protokoll festgelegt.

Die Satzung mit Ausnahme ihres Titels I und des Artikels 64 kann in einem Gesetz geändert werden. Das Europäische Parlament und der Rat beschließen entweder auf Antrag des Gerichtshofs und nach Anhörung der Kommission oder auf Antrag der Kommission und nach Anhörung des Gerichtshofs.

Kommentar

Eine Mehrheit im Arbeitskreis hat empfohlen, dass die Satzung des Gerichtshofs mit Ausnahme ihres Titels I, der insbesondere die Regelung über die Befreiung für die Richter und Generalanwälte betrifft, und des Artikels 64, der die Sprachenregelung betrifft, nach dem Gesetzgebungsverfahren angenommen wird. Das Präsidium hat beschlossen, dieser Empfehlung des Arbeitskreises zu folgen.
